

Zukunftsorientierte Politik

Der deutsche Bundespräsident Johannes Rau profiliert sich mit seiner mutigen und berechtigten Kritik an den Medien (GE. vom 24.10.00) als einer der großen unter den Bundespräsidenten. Er spricht Themen an, die unsere Gesellschaft wirklich bewegen sollten, z.B. die Verschwendung natürlicher Ressourcen, die unwürdigen Lebensbedingungen der Menschen in den Ländern des Südens, die verheerende Ausbreitung von Aids, und er prangert das Versagen der Medien an, hier die richtigen Prioritäten zu setzen.

Genauso wie für die Medien gilt auch für die Politik: Das Hauptaugenmerk eines nachhaltigen politischen Handelns muss sich jetzt darauf konzentrieren, die richtigen Prioritäten zu bestimmen.

Im sozialen Bereich setzt die internationale Bewegung zur bedingungslosen Zahlung eines Basiseinkommens an Alle den richtigen Maßstab: Jeder einzelne Mensch auf der Erde ist in seiner Würde den anderen Menschen gleich und er hat auf Grund dieser Würde ein Anrecht auf ein Basiseinkommen, welches ihm erlaubt, seine elementaren Grundbedürfnisse (Nahrung, Kleidung, Unterkunft) bestreiten zu können. Die Zielvorgabe eines bedingungslosen Basiseinkommens für alle Menschen aller Länder der Erde muss also oberste Priorität internationaler Politik sein und sie kann dann das Zusammenleben der Menschen und der Völker auf dieser Erde wesentlich zum Besseren verändern! Ohne soziale Gerechtigkeit gibt es weder sozialen Frieden bei uns, noch Frieden unter den Völkern der Erde.

Dass aber auch die Regional- und Kommunalpolitik der Forderung nach Zukunftsorientierung unterliegt, wurde auf der Fachtagung zur Biogaserzeugung in der Landwirtschaft am 24.10.2000 in Winterspelt deutlich: Während unsere Nachbarn in Deutschland und in Luxemburg, angesichts der Energieversorgungs- und der Weltklimaproblematik eindeutige Prioritäten zu Gunsten der Erneuerbaren Energien setzen, hinken die Regionen und Kommunen in Belgien, nicht zuletzt auch wegen der einflussreichen Störmanöver und Fehlinformationen durch unsere monopolistischen fossilen Energieversorger, bereits ziemlich hinterher. So sind die Zuschüsse für die notwendigen Investitionen vollkommen unzureichend, liegt die Vergütung für den eingespeisten regenerativen Strom noch weit hinter der im Ausland gezahlten, z.Tl. kostendeckenden Vergütung, zurück, und werden potentielle Investoren durch einen bürokratischen Hindernislauf abgeschreckt. Hier schnellstmögliche Abhilfe zu schaffen, könnte als angemessene Bewährungsprobe für die neue Agentur für Nachhaltige Entwicklung (GE. vom 21.10.00) betrachtet werden!

So wie es im Augenblick noch aussieht, obliegt es in Belgien vorerst den einzelnen Kommunalverwaltungen die Prioritäten abzuwägen und die Entwicklung in Richtung einer nachhaltigen Zukunft für das Weltklima sowie für Energie und Rohstoffe mit eigenen Mitteln konkret voranzubringen.

J.Meyer, St.Vith
Vivant, Ostbelgien